



GRÜNE Schweiz

Lucie Jakob

Waisenhausplatz 21

lucie.jakob@gruene.ch

031 511 93 21

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per Mail an: triage@sepos.admin.ch

Bern, 31.03.2026

Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel genannten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns im Folgenden zu den für uns wichtigsten Punkten.

Allgemeine Anmerkungen

Wie bereits auf dem Titelblatt hervorgehoben, folgt die Sicherheitspolitische Strategie 2026 gemäss Bundesrat einer umfassenden Vorstellung von Sicherheit. Tatsächlich werden die Stärkung der Resilienz, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, die Bedrohung durch Desinformation und Cyberangriffe (also die hybride Konfliktführung) und die Gefahren, die von der Klimakrise ausgehen, in die Strategie eingebunden. Die GRÜNEN begrünnen diese Ausrichtung auf eine umfassend gedachte Sicherheitspolitik, sind allerdings der Meinung, dass gewisse Elemente noch stärker betont werden sollten, um dem Ziel eines umfassenden Ansatzes gerecht zu werden. So werden Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt sowie die internationale Zusammenarbeit oder im Bereich der zivilen Sicherheit der Zivildienst nicht genügend adressiert und die geschlechtsspezifische Gewalt findet gar keine Erwähnung, während klassische Aufrüstungsszenarien weiterhin sehr dominant sind.

Eine immense Diskrepanz klafft momentan jedoch vor allem zwischen der Strategie auf dem Papier und dem tatsächlichen Vorgehen des Bundesrates. Die GRÜNEN appellieren daher dringend an den Bundesrat, seinen aktuellen Fokus auf eine möglichst rasche und dadurch

sehr teure und eher unkoordinierte konventionell militärische Aufrüstung aufzugeben und in Zukunft auch entsprechend der umfassend gedachten Auslegeordnung in der Strategie zu handeln. Das bedeutet auch, dass die verschiedenen Bedrohungen und Gefahren nicht allein nach ihrem Schadensausmass zu gewichten sind, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, mit der sie eintreten könnten. Die Klimakrise und ihre Folgen, Cyberrisiken und Desinformation müssten entsprechend stärker priorisiert werden. Im Folgenden werden die Kritikpunkte der GRÜNEN zur Sicherheitspolitischen Strategie 2026 im Detail dargelegt.

Systematische Integration des Faktors Klima und Umwelt, Reduktion der fossilen Abhängigkeit und Effizienzoffensive

Die Vernehmlassungsvorlage erwähnt zwar die Klimakrise als verstärkenden Faktor von sicherheitsrelevanten Herausforderungen, beispielsweise bei Naturkatastrophen, doch wird sie nicht systematisch in die Strategie integriert. Dies wäre jedoch zwingend, da gerade die Degradation der Ökosysteme sowie der Verlust der Biodiversität ein enormes Sicherheitsrisiko sowohl für die Schweiz als auch für die gesamte internationale Gemeinschaft darstellen. Schreiten diese beiden Prozesse weiter voran, bedroht dies die Grundlagen für die Funktionsfähigkeit von kritischen Infrastrukturen sowie den Schutz vor Naturgefahren und gefährdet sowohl die nationale als auch die geopolitische Stabilität. Zentral ist daher auch, dass die finanziellen Beiträge des Staates für den Schutz der Biodiversität und der Ökosysteme sowie die Bekämpfung der Klimakrise mindestens so hoch sind, wie diejenige an die militärische Verteidigungsfähigkeit. Dies ist momentan nicht gegeben, wie auch das «Entlastungspaket 27» zeigt, das auf Bundesebene insbesondere im Klima- und Umweltbereich spart, um die Aufrüstung der Armee zu finanzieren.

Auch unabhängig von der Klimawirkung der fossilen Energieträger stellt die immer noch enorme kritische Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft von fossilen Energien ein massives wirtschaftliches Risiko dar und macht die Schweiz verwundbar bei steigenden Erdölpreisen, wie wir sie im Kontext des Ukraine- und des Iran-Kriegs erlebten und erleben. Diese Preissteigerungen führen zudem zu einer Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die von extremistischen Bewegungen genutzt und befeuert wird, was im Endeffekt die Stabilität der Schweiz gefährdet. **Die GRÜNEN fordern den Bundesrat daher auf, die drei Säulen Transformation weg von den Fossilen, Effizienzoffensive und Ausbau erneuerbare Energien als strategische Pfeiler einer resilienten Volkswirtschaft entsprechend zu priorisieren. Zudem soll eine Taskforce Energiesouveränität zur Erarbeitung einer Strategie für die Reduktion der Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energien.¹** Insbesondere das Effizienzpotenzial verdient hier besondere Beachtung, wird doch heute bis zu einem Drittel des elektrischen Endenergieverbrauchs als Verbrauch ohne Nutzen verschwendet – gleich viel, wie unsere AKW produzieren, wenn sie denn laufen.² Mit einer effizienteren Nutzung von elektrischen Geräten und Prozessen könnte eine grosse Menge an Strom eingespart werden, was klimafreundlicher und günstiger wäre und gleichzeitig die Gefahr von Abhängigkeiten reduzieren würde.

Ungenügend Rechnung getragen wird auch dem sicherheitspolitischen Risiko der Atomenergie. Diese gilt als kritische Infrastruktur, macht die Schweiz jedoch strukturell abhängig von importierten Brennstoffen und internationalen Lieferketten, an denen staatliche Akteure aus geopolitisch problematischen Kontexten beteiligt sind. Diese Abhängigkeit steht im Widerspruch zum Ziel, Verwundbarkeiten und kritische Abhängigkeiten systematisch zu

¹ Siehe als Grundlage z.B. die Mo. Chollet [26.3456](#) « Les énergies fossiles sont un risque sécuritaire pour la Suisse ».

² Siehe dazu auch die Studie des BFE zu den Energieperspektiven:
<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/70290.pdf>

reduzieren. Solange atomare Brennstoffe importiert werden müssen, bleibt die Schweiz energiepolitisch exponiert – gegenüber politischen Erpressungspotenzialen, Lieferunterbrüchen oder Sanktionskonflikten. Hinzu kommt die besondere Verwundbarkeit atomarer technischer Anlagen gegenüber Sabotage, Terrorismus, Cyberangriffen oder militärischen Einwirkungen. Ein gravierender Störfall hätte nicht nur kurzfristige Versorgungsengpässe, sondern potenziell langfristige territoriale, gesundheitliche, ökologische und volkswirtschaftliche Schäden zur Folge. Die Ereignisse rund um zivile AKW in der Ukraine führen die sicherheitspolitische Dimension dieser Risiken deutlich vor Augen. Eine Aufhebung des Neubauverbots wie das aktuell vom Bundesrat vorgeschlagen wird, würde diese strukturellen Risiken und Abhängigkeiten über Jahrzehnte zementieren. Umso wichtiger ist ein umweltverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien und die Realisierung des immensen Effizienzpotenzials.

Die GRÜNEN fordern entsprechend, in der sicherheitspolitischen Strategie folgende Punkte aufzunehmen:

- Aufnahme des Biodiversitätsverlustes, des sicherheitspolitischen Risikopotenzials der Atomenergie und der Abhängigkeit von fossilen Energien im Einleitungskapitel als erhebliche sicherheitsrelevante Risiken
- Aufführen des Biodiversitätsverlust als eigenständiges transnationales Risiko. In der Risikoanalyse ist das Szenario des Zusammenbruchs essenzieller Ökosysteme zu berücksichtigen.
- Aufführen der Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft und der Haushalte von (günstigen) fossilen Energieträgern als erhebliches sicherheitsrelevantes Risiko.
- Der Ausbau erneuerbarer Energie und eine Effizienzoffensive zur Eliminierung des Stromverbrauchs ohne Nutzen muss explizit als sicherheitspolitisches Ziel festgehalten werden

Für eine detailliertere Analyse zum Einbezug des Themenbereichs Klima und Umwelt in der sicherheitspolitischen Strategie verweisen die GRÜNEN auf die Vernehmlassungsantwort der Umweltallianz, die sie unterstützen.

Internationale Zusammenarbeit als zentraler Pfeiler der Schweizer Sicherheitspolitik

Die GRÜNEN begrüßen, dass die Strategie den wichtigen Beitrag der internationalen Zusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der Friedensförderung zur nationalen und internationalen Sicherheit anerkennt. Allerdings bleibt ein Grundwiderspruch bestehen zur momentanen Realpolitik: Obwohl unter der Massnahme 18 die Unterstützung von internationalen Organisationen, Abrüstungs- und Reintegrationsprozessen und weiteren Instrumenten der internationalen Zusammenarbeit festgehalten ist, wird für diese Bereiche sowohl beim jährlichen Budgetprozess als nun auch mit dem Entlastungspaket 27 immer weniger Geld gesprochen. Ohne finanzielle Mittel ist die Unterstützung der genannten Prozesse und Organisationen jedoch nicht möglich beziehungsweise bleibt auf einem symbolischen Niveau. Zudem gehen die unter Massnahme 34 geforderten Beschaffungen im Rüstungsbereich unweigerlich auf Kosten der internationalen Zusammenarbeit und anderen für die Sicherheit ebenfalls zentralen Bereichen wie dem Klimaschutz oder dem sozialen Zusammenhalt.

Insgesamt sollte die internationale Zusammenarbeit (Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung) jeweils expliziter erwähnt sein, damit klar wird, dass es sich dabei um zentrale Pfeiler der Schweizer Sicherheitspolitik handelt. **Die GRÜNEN beantragen daher folgende Anpassungen:**

- Explizite Erwähnung der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Friedensförderung in der Einleitung im Abschnitt «Umfassende Sicherheitspolitik» als Mittel, auf die die Schweizer Sicherheitspolitik zurückgreifen kann.
- M18: Ergänzung eines Teilsatzes bei «Die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung sind deshalb integrale Bestandteile der sicherheitspolitischen Prävention der Schweiz, **die es zu bewahren und zu stärken gilt**». Damit wäre zumindest eine Grundlage gelegt für Forderungen nach einer verstärkten Finanzierung.
- M18: Ergänzung der Massnahme um die Verpflichtung, sich gegen aggressive Steuervermeidung einzusetzen, insbesondere, wenn diese auf Kosten wirtschaftlich schlechter gestellter Länder geschieht. Zudem ist eine verstärkte Aufsicht über den Rohstoffmarkt einzuführen, um Kriegsfinanzierung zu verhindern.

In der Strategie soll ebenfalls festgehalten werden, dass zur Erreichung der Ziele in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung das Aufstocken des Budgets für die internationale Zusammenarbeit auf 0.7 Prozent des BIPs angestrebt werden muss.

Für eine detaillierte Analyse im Bereich der internationalen Zusammenarbeit verweisen die GRÜNEN Schweiz auf die Stellungnahme von Alliance Sud, die sie unterstützen.

Zivildienst als Mittel der zivilen Sicherheit

Der Zivildienst wird von der Strategie stiefmütterlich behandelt, obschon er ein zentrales Instrument der zivilen Sicherheit darstellt. Nur gerade zweimal findet er in der Strategie Erwähnung – und eine dieser Erwähnungen behandelt die Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst in einer neuen Organisation, dem Katastrophenschutz. Die GRÜNEN haben dieses Vorhaben bereits wiederholt kritisiert. **Entsprechend fordern die GRÜNEN, dass der Zivildienst als wichtiges Instrument der zivilen Sicherheit in der Strategie verankert wird und daher gleichermassen zu thematisieren ist wie die restlichen sicherheitspolitischen Instrumente in diesem Bereich.**

Für eine detaillierte Analyse zum Einbezug des Zivildienstes in die Sicherheitspolitische Strategie verweisen die GRÜNEN Schweiz auf die Vernehmlassungsantwort von Civiva, die sie unterstützen.

Revision des Nachrichtendienstgesetzes und Förderung der Rechtsstaatlichkeit

Unter Massnahme 18 wird die Revision des Nachrichtendienstgesetzes als Schritt in die Richtung eines besseren Schutzes gegen Bedrohungen durch (unter anderem) gewalttätigen Extremismus und Terrorismus aufgeführt. Die GRÜNEN stehen der Revision des Nachrichtendienstgesetzes kritisch gegenüber und möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass diese grundrechtskonform ausgestaltet werden muss und nicht aufgrund von schwammigen Begrifflichkeiten zur Unterdrückung des zivilgesellschaftlichen Engagements missbraucht werden darf.

Im Kapitel drei wird die Rechtsstaatlichkeit als wichtiges Gut genannt (ausformuliert in Ziel 6), für dessen Erhalt sich die Schweiz international einsetzen soll. Hier ist jedoch nicht nur der Blick nach aussen, sondern auch nach innen essenziell: Die Rechtsstaatlichkeit muss auch in der Schweiz gestärkt werden, indem gezielt der Schutz der Integrität (direkt)demokratischer Prozesse und manipulativer Beeinflussung und Desinformation derselben von Akteuren ausserhalb und auch innerhalb der Schweiz entgegengewirkt wird. Dazu sind neben der

Regulierung grosser Plattformen auch Massnahmen zum Monitoring der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Schweiz (bspw. Zugang zu Gerichten sowie der Faktentreue und Transparenz politischer Debatten und Werbung) einzubeziehen.

Geschlechtsspezifische Gewalt als eigener Massnahmenpunkt

Völlig unerwähnt bleibt in der Strategie eine der unmittelbarsten Bedrohungen: Die geschlechtsspezifische Gewalt. Die Sicherheitspolitik der Schweiz muss sich nicht nur mit den Bedrohungen von aussen befassen, sondern auch mit den Gefahren im Inneren. **Die GRÜNEN fordern daher, dass der Schutz gegen geschlechtsspezifische Gewalt unter der Stossrichtung 2 (Abwehr und Schutz verbessern) unter dem Ziel 7 eine eigene Massnahme erhält.** Dabei sind mindestens die Prävention, der Schutz der Betroffenen (z.B. auch durch zur Verfügung stellen von genügend Frauenhäusern) sowie eine vertiefte Ausbildung und Sensibilisierung in diesem Bereich für Mitarbeitende des Justiz- und Polizeiapparats aufzuführen. Bei der Massnahme 21, die die Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus vorsieht, sollen zudem explizit auch die Gefahren der sogenannten «Manosphere» hervorgehoben werden, da junge Männer diesen Inhalten immer stärker ausgesetzt sind und sich dadurch die Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt massiv erhöht.

Schlussbemerkungen

Die GRÜNEN befürworten die grundsätzlich umfassender angedachte Ausrichtung der Sicherheitspolitischen Strategie 2026. Allerdings bedarf es der expliziteren Erwähnung gewisser Punkte:

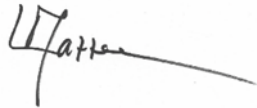
- Die Klimakrise muss als systematischer Faktor in die Strategie integriert werden. Wenn die Lebensgrundlagen wegfallen, kann auch der gesamte restliche Sicherheitsapparat nicht funktionieren. In der Konsequenz sollte deshalb für Massnahmen im Klima- und Umweltbereich, insbesondere gegen den Biodiversitätsverlust und die Degradation der Ökosysteme, derselbe Betrag eingesetzt werden, wie dies für die militärische Verteidigungsfähigkeit der Fall ist.
- Eine Energieeffizienz-Offensive, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation weg von fossilen Energien (Elektrifizierung) sind auch ganz unabhängig von der Klimawirkung fossiler Energien dringend für eine Verringerung der Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft von ausländischen fossilen Energiequellen.
- Atomkraftwerke stellen eine höchst vulnerable Infrastruktur dar und erhöhen zudem die Abhängigkeit vom Ausland und gerade auch von autoritären Staaten. Es ist daher unbedingt auf den Neubau von Atomkraftwerken zu verzichten.
- Die Strategie muss expliziter deutlich machen, dass die internationale Zusammenarbeit einen zentralen Pfeiler der Schweizer Sicherheitspolitik darstellt.
- Die Schweiz sollte vermehrt Massnahmen ergreifen, um aggressive Steuervermeidung auf Kosten von wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern zu verhindern und ebenfalls den Rohstoffmarkt verstärkt kontrollieren, um Kriegsfinanzierung zu erschweren.
- Der Zivildienst sollte als wichtiges Instrument der zivilen Sicherheit in der Strategie verankert werden.
- Ergänzung einer eigenen Massnahme zum verstärkten Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

Ebenso zentral ist es, die tatsächlichen Schwerpunkte in der Sicherheitspolitik gemäss dem umfassenden Ansatz risikobasiert festzulegen. Sonst bleibt die ganze Sicherheitspolitische Strategie ein wirkungsloses Dokument.

Die GRÜNEN verweisen zudem auf die Stellungnahmen von Alliance Sud, der Umweltallianz, der GSoA sowie von Civiva, die sie unterstützen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Lucie Jakob
Fachsekretärin